Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 32

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sen des Angeklagten und jene des Staates (der Partei) einander nicht widersprechen dürfen. Die sowjetische Autorität protestiert lebhaft gegen die Auffassung, wonach der Advokat der Vertreter der Interessen des Angeklagten sei. Der Advokat darf die Schuld des Angeklagten nicht verheimlichen. Wie die kommunistische Rechtsliteratur erklärt, ist der Advokat ein «Verteidigungsfunktionär», er führt eine Tätigkeit öffentlicher Natur aus.

Um aber die Staatsinteressen noch strikter zu sichern, dürfen in Prozessen bei Staatsdelikten nur jene Advokaten «plädieren», welche auf einer speziellen, im Justizministerium aufbewahrten Advokatenliste figurieren. Es sind dies parteitreue Advokaten, welche gewöhnlich gegen ihren Klienten wirken. Neben der Advokatenliste für politische Prozesse existiert noch eine weitere, geheime Advokatenliste: die Liste derjenigen Advokaten, welche vor Militärgericht plädieren dürfen.

Die materielle Seite

Die Honoraransätze sind in allen kommunistischen Staaten verbindlich geregelt. Wer mehr verlangt, wird einem Disziplinarverfahren unterzogen und hat damit zu rechnen, aus der Advokatenliste gestrichen zu werden. Die Vorschriften nennen die Höchstansätze. Weitere diesbezügliche Dekrete schreiben vor, dass die persönlichen Verhältnisse des Klienten zur Festlegung des Honorars berücksichtigt werden müssen. Die Advokaten werden nach dem «sozialistischen Verteilungsprinzip» entlöhnt (jeder nach seiner Arbeit), wobei ein Minimaleinkommen festgelegt ist. Ein beträchtlicher Teil des Honorars geht zur Deckung der administrativen Kosten der Arbeitsgemeinschaft.

Der Berufsstand zeigt im ganzen Ostblock-Vergreisungsmerkmale. Die Advokatenkammern haben schon geringes Interesse an der Aufnahme neuer Rivalen, die eine weitere Aufteilung der Honorareinkünfte mit sich bringen würde. In mehreren Staaten hat allerdings das Justizministerium das zugesicherte Recht, einen Anwärter auch dann in die Advokatenliste aufzunehmen, wenn er von den «autonomen» Berufsorganisationen abgelehnt wurde. Die Anzahl der Bewerber ist überall sehr gering.

Anderseits aber ist der Berufsstand als solcher bedroht, und zwar durch die Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft. Neben den beruflichen Rechtsanwälten spielen die sogenannten «gesellschaftlichen Verteidiger» eine Rolle von wachsender Bedeutung. Es handelt sich vor allem um Delegierte von Gewerkschaften, daneben auch von andern Organisationen, welche bei Prozessen plädieren. Vor Schlichtungskommissionen und Schiedsgerichten sind die Berufsadvokaten schon gar nicht zugelassen.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann der Rechtsanwalt ungefähr so viel verdienen wie ein durchschnittlicher Staatsbeamter. Er ist immerhin so weit bevorzugt, dass er etwas freier ist als ein Staatsbeamter. Das Regime versucht auf verschiedene Weise die Advokaten unter Druck zu setzen, damit sie mit den Gerichten enger zusammenarbeiten. Das aber geht nicht überall reibungslos, sogar in der Sowjetunion nicht.

Mit den «Advokatenkollektivs» wurde das Leben jener Advokaten, welche aus der Liste nicht gestrichen wurden, gewissermassen sicherer. Als private Advokaten waren sie immer verdächtigt, mit den Klienten zusammengespannt zu haben; auch wurden sie sehr schwer besteuert. Jetzt müssen sie weniger Steuern zahlen und sind Mitglieder der gewerkschaftlichen Sozialversicherung. Die Beiträge an die Sozialversicherung sind sehr gering. Die Rechtsanwälte können jetzt sogar Zuweisungen in die Ferienheime der Gewerkschaften bekommen, wo sie sich für wenig Geld erholen können. Freilich wird ihnen auch wenig geboten.

Justiz

Ungarn

Bald keine Advokaten mehr

Aus einem kürzlichen Bericht der Rechtszeitschrift «Magyar Jog» geht hervor, dass in Ungarn und besonders in Budapest die Zahl der Rechtsanwälte weiter abnimmt. Die bisher veröffentlichten Statistiken beweisen, dass in der ungarischen Rechtsprechung auch die letzte Möglichkeit der Verteidigung vernichtet wurde.

Verschiedene Massnahmen haben nicht nur viele Juristen zur Aufgabe ihrer Praxis gezwungen, sondern sie führten zur Einschüchterung aller Anwälte.

Seit 1949 sind die Anwälte ständigen Säuberungen unterworfen. Damals waren in der Hauptstadt 2419 Rechtsanwälte tätig; 1957 waren es nur noch 1288. Diese Zahl wurde bald nochmals erheblich reduziert.

Die Niederwerfung der ungarischen Revolution war ein willkommener Anlass für einen neuen Rachefeldzug gegen die Rechtsanwälte. Vom Juni 1957 bis Ende 1959, also in 18 Monaten, verminderte sich die Zahl der Budapester Advokaten um 37 Prozent. Die besten Verteidiger wurden zum Schweigen gebracht, aber es war noch immer nicht das Ende der Abrechnung.

Nach der Kampagne waren in der Kammer von Budapest nur noch 708 Advokaten geblieben. In einem relativ kurzen Zeitraum wurden also insgesamt 580 Rechtsanwälte liquidiert. Diejenigen Anwälte, die diese Zeiten überstanden haben, sind meistens sehr betagt. Unter den 708 aktiven Verteidigern haben 247 das Pensionsalter (65 Jahre) bereits überschritten, und viele unter ihnen sind 70 und 80 Jahre alt.

Im Sinne der Gesetzesverordnung sind die Anwälte verpflichtet, einer staatlich kontrollierten «Arbeitsgemeinschaft» beizutreten. Am 31. Dezember 1960 gab es in Budapest 54 solche Arbeitsgemeinschaften. Ein Jahr später waren es nur noch 40. Diese systematische Vernichtung der ungarischen Rechtsanwaltschaft hatte eine totale Krise des Berufes zur Folge. Die Zahl der Aspiranten betrug jehrzehntelang 15 Prozent der aktiven Anwälte, heute sind es nur 4 Prozent. Diese jungen Juristen kennen die hohe Verantwortung der Verteidiger und wollen als staatliche Befehlsempfänger nicht auftreten. M. C.

Ein ungarischer Erntewitz: «Hast du schon gehört, die LPGs wollen nur noch Leute von mindestens zwei Meter Länge anstellen.» — ? — «Ja, damit sie über das Unkraut hinwegsehen können.»

Politik

Jugoslawien

Indiz am Rande

Ein Pietätsakt für Gefallene der sowjetischen Roten Armee in Jugoslawien, zu dem das Land 17 Jahre Zeit gehabt hätte, fand im Juli dieses Jahres statt. Dieses Indiz über die Annäherung zwischen Moskau und Belgrad ist um so auffälliger, als es nicht wirtschaftlicher Natur ist (siehe KB Nr. 31).

In der ostserbischen Stadt Zajetschar, nahe der bulgarischen Grenze, wurden die Ueberreste von 1265 Soldaten, die im September 1944 in der dortigen Umgebung gefallen waren, feierlich in ein gemeinsames Grab beigesetzt. Die Ehrung an sich ist weniger auffällig als ihr Zeitpunkt. Die kommunistische Machtübernahme fand 1945 statt. Es ist einzuräumen, dass in den Jahren 1948 bis 1953, dem Todesjahr Stalins, Tito mit dem sowjetischen Diktator und damit der UdSSR überworfen war. Aber in den darauffolgenden Jahren bahnte sich die Versöhnung mit Moskau an, die zu schwankender Freundschaftlichkeit mit kühleren oder wärmeren Beziehungen führte. In diesen neun Jahren blieben jedoch die Toten von Zajetschar offenbar ungeehrt. Dass man sich ihrer jetzt erinnert, kann als Indiz für einen «turning point» im Verhältnis Moskau-Belgrad gewertet werden.

Anderseits mag die verzögerte Beisetzung mit der Erinnerung der Bevölkerung zu tun haben. Wohl kam die Rote Armee als Befreierin von der nationalsozialistischen Besetzung, machte sich aber gerade in Ostserbien gründlich verhasst. Die sowjetischen Truppen benahmen sich der Bevölkerung gegenüber ausgesprochen grausam, die Vergewaltigungen waren zahlreich. Darüber beschwerte sich seinerzeit auch Djilas bei Stalin, wie er in seinem neuesten Buch «Conversation with Stalin» berichtet, das ihn von neuem ins Gefängnis gebracht hat.

Der sowjetische Präsident Breschnew wird Jugoslawien im Herbst dieses Jahres einen offiziellen Staatsbesuch abstatten. Auch dies ein Indiz. In der diesbezüglichen Erklärung Belgrads (abgesehen vom Regierungssprecher Drago Kunc) heisst es, Breschnew erwidere damit den Besuch Titos in Moskau aus dem Jahre 1956.

Erziehung

Wie sollen die Studenten wohnen?

Das neue Semester bringt für die Studenten in Belgrad bezüglich Unterkunft und Verpflegung wenig Neues: Die Verhältnisse bleiben ungefähr so unbefriedigend wie vor Jahresfrist. Zu diesem Schluss gelangt die Belgrader «Mladost» in einem kürzlich veröffentlichten Artikel über Stipendien, Wohngelegenheit und Ernährung der Studentenschaft in der Hauptstadt.

Zwar sind letztes Jahr neue Kategorien von Stipendiaten geschaffen worden (jeder vierte Student erhält ein Stipendium), doch reichen die Auszahlungen nicht zur Dekkung der Lebenskosten. Dies um so weniger, als die Preise gestiegen sind. Dazu kommt, dass im neuen Schuljahr die Subventionen des Landes Serbien an die Studentenmensen (Verpflegungsstätten) weg-

fällt, was für die jungen Leute eine weitere Verteuerung bedeutet. Dass das Stipendienwesen sich nicht so entwickelte, wie erwartet wurde, scheint in erster Linie daran zu liegen, dass die Wirtschaftsunternehmen und Betriebe wenig beisteuern wollen. «Sie schreien nach Fachleuten», bemerkt «Mladost», wollen aber nichts zu ihrer Ausbildung beitragen.»

Nicht eingehalten wurde ferner das Bauprogramm für Studentenheime. Die fast überall feststellbaren Rückstände werden namentlich aufgezählt. Das krasseste Beispiel: Im kommenden Schuljahr hätte beim städtischen Spital in Belgrad eine Studentenunterkunft für 800 Personen bezugsbereit sein sollen. In Wirklichkeit sind nicht einmal die Kredite gesichert. Vom Baubeginn ist keine Rede.

«Die diesjährige Jahresbilanz», so schliesst der Artikel, «unterscheidet sich (bezüglich Versprechen und Realisierung) wirklich kaum von den bisherigen.»

Curriculum der Woche

SHRIPAD AMRIT DANGE

Präsident der Kommunistischen Partei Indiens. Seine Wahl durch den «Nationalrat» der KP (= Parteikongress) erfolgte am 29. April. Neuer Generalsekretär wurde E. M. Sankara Namboodiripad, früher Hauptminister in der Regierung von Kerala, als dieser indische Staat zwischen 1957 und 1959 kommunistisch regiert wurde.

Dange wurde am 10. Oktober 1899 in Bombay geboren, wo er auch studierte. Er ist einer der ältesten Vertreter der kommunistischen Führungsschicht Indiens; wegen illegaler Tätigkeit (zum Teil allerdings auch auf Grund seiner Aktivität gegen die britische Kolonialherrschaft) war er ingesamt nahezu 16 Jahre im Gefängnis.

Viele Jahre amtete Dange als Generalsekretär des kommunistisch geführten Indischen Gewerkschaftskongresses und wurde 1948 (er war gerade in Haft) zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Exekutivkomitees des (kommunistischen) Weltgewerkschaftsbundes gewählt.

1922 bis 1924 war Dange Redaktor der Wochenzeitschrift «Socialist», 1928, 1929 und 1936 Mitglied des Allindischen Kongresskomitees und 1946 bis 1951 Mitglied der Gesetzgebenden Versammlung des Staates Bombay.

Die ganze Propagandamaschine läuft sogar dann auf Hochtouren, wenn die Leistungen hinter den Verpflichtungen weit zurückliegen. Der erwähnte Beitrag der «Ekonomitscheskaja Gasjeta» betonte in erster Linie und mit grösstem Nachdruck den sowjetischen Beitrag am indischen Fünfjahresplan (1961 bis 1966). Die sowjetischen Kredite machten für diese Periode 15 Prozent der indischen Kapitalinvestitionen aus. Dabei haben sich bei den sowjetischen Lieferungen, namentlich im Kraftwerkbau, so beträchtliche Verzögerungen ergeben, dass Moskau einen guten Teil der Verantwortung für die Nichteinhaltung zahlreicher Planziele zufällt. Der kurze Besuch des sowjetischen Vizeministerpräsidenten Mikojan in Indien vor einigen Tagen war vor allem der Besprechung dieser Fragen gewidmet. Aber die Communiqués machten daraus eine Manifestation der indisch-sowjetischen Freundschaft. Solche Erklärungen gehören zu den Kreditvoraussetzungen, wenn der kommunistische Block «Hilfe» leistet. Wenn der Westen seine viel umfangreichere Unterstützung einsetzt, muss er froh sein, wenn er als Quittung nicht des Neokolonialismus beschuldigt wird.

Im Falle Indien ist die Sowjetunion schon der Rivalität mit China wegen um gute Presse stark bemüht. Die Linie der KP Indiens (deren Führung dieses Jahr neu bestellt wurde) ist recht moskaufreundlich, obwohl auch eine starke «pekinghörige» Fraktion vorhanden ist.

Entwicklungshilfe

Sowjetunion

Lärm und Ware

Die hier nachgebildete Karte erschien in der sowjetischen Wirtschaftszeitung «Ekonomitscheskaja Gasjeta» mit einem Pendant. Oben auf der Seite prunkte die Darstellung der sowjetischen Hilfe in aller Welt, und unten auf der Seite erschien eine Weltkarte mit vielen schwarzen Flekken: die Militärstützpunkte des amerikanischen Imperialismus.

Die Perfidie dieser Gegenüberstellung ist in den Entwicklungsgebieten zum mindesten ziemlich wirksam. Sie wird in ihrer Anschaulichkeit dem propagandistischen Zweck gerecht, obwohl sie nicht nur in der Interpretation, sondern auch faktisch völlig irreführend ist. Wie wenig auch die machtpolitisch bedingten sowjetischen Leistungen in Asien, Afrika und Lateinamerika auf die leichte Schulter genommen werden dürfen, so stellen sie doch nur einen kleinen Bruchteil der amerikanischen Hilfe in den gleichen Gebieten dar. Mit der propagandistischen Ausnützung aber scheint es gerade proportional umgekehrt bestellt zu sein. Die UdSSR hatte bis zu diesem Frühling in allen drei Kontinenten 380 Industriebetriebe erstellt oder noch in Bau. Man hört von ihnen beständig: im Rahmen der entsprechenden Abkommen, im Rahmen der Planung, bei der Ankunft von technischem Personal (einschliesslich des «technischen Personals», das für reine Agententätigkeit bestimmt ist) und Material, beim Baubeginn, bei der Teil-Inbetriebsetzung, bei der Uebergabe an den entsprechenden Staat.

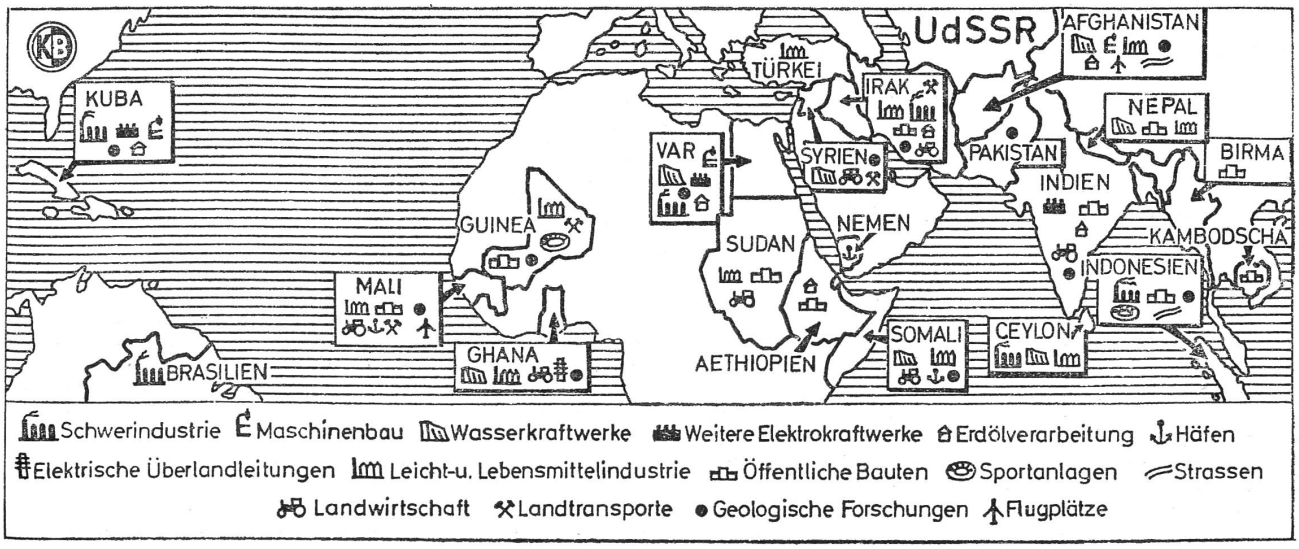
«Soziales»

SBZ

Nie Kartoffeln

Ueber die Bedingungen, in welchen sowjetzonale Sträflinge leben, gibt eine Information Aufschluss, die vom Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (in Westberlin) veröffentlicht wurde.

Das Haftarbeitslager Rackwitz bei Delitzsch ist mit 200 Häftlingen belegt. Weil die zweite Unterkunftsbaracke für die Gefangenen noch nicht fertiggestellt ist, müssen sämtliche 200 Insassen eng zusammengepfercht in einer Baracke hausen. In dieser Baracke sind die Stuben jeweils mit



Die Karte (nach «Ekonomitscheskaja Gasjeta») zeigt die wichtigeren sowjetischen Werke in den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Die «freundschaftliche und uneigennützige Hilfe» dient nicht nur dem direkten wirtschaftlichen Einfluss, sondern auch in hohem Masse der Propaganda.

14 Personen belegt, sogar im Kulturraum sind 50 Häftlinge untergebracht.

170 Häftlinge arbeiten im benachbarten volkseigenen Leichtmetallwerk Rackwitz, wo Kopfteile für Liegebänke und Leichtmetallfenster für Züge sowie Gürtel, Schnallen und ähnliche Dinge hergestellt werden. Ein wesentlicher Teil der Produktion ist für die Sowjetunion und für Rotchina bestimmt. Für die Zone selbst bleibt in der Regel nur die minderwertige Qualität übrig. Die restlichen 30 Häftlinge müssen in Leipzig bei der Errichtung einer Polizeikaserne mithelfen.

Die Verpflegung im Haftarbeitslager ist äusserst schlecht. In diesem Jahr hat es in der regulären Verpflegung noch nicht einmal Kartoffeln gegeben. Nur Häftlinge, die zu Arbeitseinsätzen auf Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften abkommandiert wurden, kamen gelegentlich zu einer Kartoffelmahlzeit. Das Mittagessen im Lager besteht fast ausschliesslich aus Dörrgemüse. Wegen der schlechten Versorgungslage war die Lagerleitung in der letzten Zeit auch nicht mehr in der Lage, den Häftlingen Fett oder Margarine zum Kauf anzubieten, ebenso gab es kaum noch Zucker. Das Angebot beschränkt sich im wesentlichen auf minderwertige Kekse, Kämme, Seife und Zahnpasta.

Versorgung

Bulgarien

Scharfe Teuerung

Nach der Sowjetunion (1. Juni 1962) wurden am 30. Juli dieses Jahres in Bulgarien die Preise zahlreicher Grundnahrungsmittel erhöht. Beim Fleisch beträgt die Preiserhöhung 23,7 Prozent, bei Geflügel 27,2 Prozent, bei Milch 8 Prozent, bei Milchprodukten 31,8 Prozent und bei Eiern 11,5 Prozent. Parallel wurden auch die vom Staat bezahlten Aufkaufspreise, darunter auch jene für Tomaten, Zwiebeln, Erdbeeren und Paprikaschoten erhöht, um das Interesse der in die Kolchosen gepressten Kollektivbauern an der Produktion zu steigern. Ausserdem wurden die Preise der für die Landwirtschaft benötigten Treibstoffe, Düngemittel und Industrieprodukte ermässigt. Ferner sollen ab 1. Januar 1963 die Löhne und Pensionen unter 50 Leva pro Monat steuerfrei und die Familienzulagen verbessert werden.

In der gemeinsamen Erklärung der Partei und Regierung wird diese Massnahme mit dem zunehmenden Lebensmittelkonsum der Bevölkerung begründet, der sich in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht hatte. Um diese Nachfrage zu decken, mussten zwecks Stimulierung der Agrarproduktion die Aufkaufspreise schon mehrmals erhöht werden, was bei den gegenwärtigen Kleinhandelspreisen für den Staat zu Verlustgeschäften führte. So hatte man, nach der Mitteilung der parteiamtlichen «Rabotnicesko Delo» (29. Juli 1962), das von den Kollektivwirtschaften pro Kilo für 1,81 Leva aufgekaufte Kalbfleisch für 1,48 Leva weitergegeben. Andererseits sei der Bedarf an Fleisch und Molkereiprodukten zurzeit auch wesentlich grösser als ihre Produktion.

Alle diese Massnahmen decken sich mit jenen, die in der UdSSR vor kurzem durchgeführt wurden. Auch die von der Presse veröffentlichten sogenannten Reaktionen der Bevölkerung sind dieselben, indem sie diese Preiserhöhungen «als notwendige Massnahmen» auch in Bulgarien «begrüssten». Auf Anordnung der Partei finden nun zahlreiche Kundgebungen statt, wo die neue Verordnung gewürdigt und die Partei beglückwünscht wird.

Bulgarien will mit Rumänien zusammen ein grosses Wasserkraftwerk an der Donau (im Gebiet von Somovit bei Nikopol) bauen, das mit grossen Bewässerungsanlagen kombiniert werden soll. Das Projekt wurde im Juli in Bukarest auf höchster Ebene diskutiert, nämlich von den Parteichefs Todor Schiwkoff (Bulgarien) und Georgiu-Dej (Rumänien). Man will die Vorbereitungsarbeiten bis 1963 beenden, um im darauffolgenden Jahr mit dem Bau beginnen zu können. (Ein weiteres grosses Stau- und Kraftwerkprojekt an der Donau hat Rumänien mit Jugoslawien gemeinsam.)

Personelles

Polen

Er dachte zuviel

Wie aus der führenden polnischen politischen Wochschrift «Polityka» hervorgeht, wurde der Leiter einer staatlichen polnischen Fleischfabrik zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er das Fleisch vor dem Verderben rettete, als die Kühlanlage ausgefallen war.

Die Geschichte wurde in einem Bericht über eine Diskussion erwähnt, in der es darum ging, festzustellen, ob es nach den augenblicklichen Vorschriften möglich sei, eigene Initiative zu entwickeln und ob man wirklich alle Bestimmungen genau befolgen könne. An der Diskussion nahmen der stellvertretende Minister für Leichtindustrie, W. Kakietek, ein Direktor der Fabrik zur Herstellung von Fernmeldeausrüstungen, die Direktoren anderer Fabriken, sowie Journalisten und Rechtsanwälte teil. Die Diskussion entzündete sich an dem Artikel 286 des Strafgesetzbuches, der Gefängnisstrafen für diejenigen vorsieht, die durch Ueberschreitung oder Vernachlässigung ihrer Pflichten gegen das öffentliche oder private Wohl verstossen.

Der Leiter einer staatlichen Fleischfabrik fand sich in einem Dilemma, als im Sommer die Kühlanlage ausfiel, berichtete einer der Diskussionsteilnehmer — «Polityka» verriet nicht, wer es war.

Statt nun einen «korrekten Bericht auszuarbeiten, dass die Kühlanlage ausgefallen und das Fleisch deshalb verdorben sei, arbeitete er Tag und Nacht, um es verarbeiten zu lassen.

Es gelang ihm, das Fleisch zu retten, bis auf einen Schaden von etwa fünf Prozent, für die er aber keine Unterlagen hatte. Diese «fehlenden» fünf Prozent wurden nun bis auf den letzten Zloty berechnet — der Schaden betrug 140 000 Zloty. Der Betriebsleiter wurde abgeurteilt.

Aus der Diskussion ging hervor, dass dem Betriebsleiter nichts passiert wäre, wenn er eine Kommission einberufen, das Fleisch verderben und die weiteren Arbeiten einstellen lassen hätte. Man sollte doch den Leitern staatlicher Betriebe einen gewissen Spielraum für eigene Initiative geben, meinte der Diskussionsteilnehmer, ohne dass sie Angst haben müssten, im Gefängnis zu landen.

Ein anderer Diskussionsredner, der Leiter eines staatlichen Unternehmens, berichtete, man habe ihm dreimal den Prozess gemacht, weil er durch den Verstoss gegen eine Bestimmung 27 Zloty gestohlen habe. (27 Zloty ist etwas mehr als ein Dollar.) Schliesslich habe sich herausgestellt, dass er unschuldig war.

Der Betriebsleiter wandte sich an die anderen Teilnehmer und bat sie, sich vor Augen zu halten, dass es kein Unternehmen gebe, in dem alles 100prozentig in Ordnung sei. Der Betriebsleiter hafte aber persönlich für alles, auch für das Verschwinden von Gegenständen im Werte von 30 oder 40 Zloty.

Der Herausgeber der «Polityka», J. Smietanski, der ebenfalls an der Diskussion teilnahm, meinte, das Problem, eine Planwirtschaft zu leiten, was natürlich Direktiven, Bestimmungen, Vorschriften usw. fordere, aber trotzdem Raum lasse für eigene Ideen und Initiative, müsse gelöst werden.

Polen will um 1975 mit dem Bau der ersten Atomkraftwerke beginnen. Konkreter ist die Planung für einen zweiten Atomreaktor auf 1967/68, nachdem der erste bereits in Betrieb ist.

Dieses Jahr werden die polnischen Werften 57 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 288,4 tdw (Tonnen Deadweight = Tragfähigkeit) dem Gebrauch übergeben. Damit würde Polen in der Schiffbauindustrie den 11., im Bau von Fischereikuttern hingegen den zweiten Platz einnehmen. Die polnische Schiffbauindustrie erstellte bisher 585 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 1½ Millionen tdw. Der Fünfjahresplan sieht die Erweiterung des Tempos des Schiffbaus vor.

Wie der Generaldirektor der Vereinigung der Schiffbauindustrie, Z. Nowakowski erklärte haben die polnischen Werften im 1. Halbjahr 1962 22 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 107 000 tdw erstellt.

Wirtschaft

Comecon

Öldruck auf Wien

Nachdem die südliche Abzweigung der Comecon-Pipeline bis nach Bratislava (Pressburg) fertiggestellt worden ist, hat die kommunistische Presse Oesterreichs bereits mit der Kampagne für ihre Verlängerung bis nach Wien (Schwechat) begonnen. Sie fordert eine weitere Erhöhung der sowjetischen Oelimporte mit der Begründung, dass dieses Oel «billiger, rascher und auf kürzerem Weg» bezogen werden kann als jenes westlicher Herkunft. Im weitern will sie der österreichischen Oeffentlichkeit klarmachen, dass die eigene Industrie gegen die Interessen des Landes handle, wenn sie diese günstige Gelegenheit unausgenützt lässt.

Dieses Vorgehen ist äusserst bezeichnend und gibt einen aufschlussreichen Einblick in die Taktik der vom XX. Parteikongress der KPdSU in den Vordergrund gestellten wirtschaftlichen Offensive gegen die freie Welt. So wie nun im Oelsektor, wird man in Zukunft versuchen, die Annahme der östlichen Dumpingangebote als nationales Interesse hinzustellen, wobei die sich daraus tatsächlich ergebenden schwerwiegenden Folgen verschwiegen werden.

Kasachisches Erdöl

Nach den Schätzungen der Geologen steht in bezug der Erdöl- und Erdgasreserven Kasachstan an vierter Stelle in der Sowjetunion. Die Produktion im Jahre 1961 betrug 1,16 Millionen Tonnen, was als ungenügend bezeichnet wird. (Die gesamte Förderung in der UdSSR dürfte bei über 150 Millionen Tonnen jährlich liegen.) Geologische Forschungen haben grosse Erdölvorkommen in den Tälern von Tschu-Saryssuisk und Kysyl-Kum, im Zwischenstromgebiet Ural-Wolga, bei Zetybai, Usen, Kenjak (im Voruralgebiet von Aktjubinsk) und bei Prorwa (Bezirk Süd-Emben) gezeitigt.

In den Süd- und Ost-Gebieten von Kasachstan wird intensiv nach Erdöl und Gas geforscht, da man bedeutende Vorräte vermutet.

Karriere

SBZ

SS-Offizier wieder hoch

Wieder in der Parteihierarchie der National-Demokratischen Partei (NDP) der Sowjetzone aufzusteigen beginnt der ehemalige SS-Oberscharführer im «Reichssicherheitshauptamt», Rudolf Vasel. Vasel, der am 1. Juli 1928 unter der Mitglied-Nr. 93 170 in die NSDAP eingetreten war und die SS-Mitglied-Nr. 259 489 hatte, war, als seine SD-Tätigkeit aufgedeckt wurde, Anfang 1961 von seiner Funktion als Vorsitzender des Bezirksverbandes Magdeburg der NDP abgelöst worden. Angeblich soll ein «Parteiverfahren» gegen ihn eingeleitet worden sein, weil er seine SS-Zugehörigkeit in seinem Fragebogen verschwiegen hatte.

Nach eineinhalbjähriger «Bewährung» tritt Vasel jetzt wieder im hauptamtlichen Parteiapparat der NDP auf, als Sekretär des Kreisverbandes Pössneck in Thüringen. Er setzt damit seine hauptamtliche Tätigkeit in der NDP, die er seit 1951 ausübt, nach vorübergehender Zurückziehung fort.

Wird die Sowjetzone im Ergebnis der Neuprofilierung ihrer Industrieproduktion den Bau von Lastkraftwagen einstellen? Diese Frage erhebt sich, nachdem in den letzten Tagen in mehreren Presseorganen der Sowjetzone in Betrachtungen über die «Vorteile der sozialistischen Arbeitsteilung» auf den «unhaltbaren Zustand» hingewiesen worden ist, «dass in fünf sozialistischen Ländern jährlich 50 000 Lastkraftwagen produziert werden, während erst bei einer Fertigung zwischen 80 000 und 100 000 von einer rentablen Produktion gesprochen werden kann».

Die in diesem Zusammenhang angestellten Ueberlegungen laufen darauf hinaus, die LKW-Produktion in «zwei Ländern» zu konzentrieren.

Die Sowjetzone hatte bisher schon als Ergebnis der Abstimmung innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe der Ostblockstaaten nur noch Lastkraftwagen bis zu 3,5 Tonnen gebaut. Den Bau schwererer Fahrzeuge haben ausser der Sowjetunion die CSSR und Ungarn übernommen. Der Ausstoss der LKW-Produktion der Sowjetzone belief sich im vergangenen Jahr auf 11 892. Das war ein Rückgang um 972 Fahrzeuge gegenüber 1960 und um 3849 Fahrzeuge gegenüber 1959.

Justiz/Erziehung

Polen

Das Halbstarkentum

Obwohl die Arbeit der polnischen Gerichtshöfe weniger wird, stellt der Hooliganismus — eine Bezeichnung, die verschiedene Aspekte der Jugendkriminalität einschliesst — immer noch ein ernstes Problem dar.

Die Tageszeitung der Gewerkschaften, «Glos Pracy», berichtete, die Zahl der Fälle vor den polnischen Bezirksgerichten sei im vergangenen Jahr um 18 Prozent niedriger gewesen, als im Jahre 1960. Auch die Zahl der Zivilprozesse sei zurückgegangen, allerdings nur um ein Prozent.

Am 1. Januar 1962 waren 68 000 Fälle bei den Gerichten anhängig, verglichen mit 107 000 Fällen im Jahre vorher.

Das Blatt schrieb, die Fälle von Hooliganismus stellten «einen beängstigenden Prozentsatz» dar.

Radio Warschau klagte kürzlich darüber, die Massnahmen gegen die jugendlichen Verbrecher seien nicht streng genug und führte eine Reihe von Fällen an, in denen man nicht energisch und schnell genug gegen sie vorgegangen sei.

«Unglücklicherweise nehmen die Fälle zu, in denen nur ungenügende Massnahmen gegen die Hooligans unternommen werden», hiess es in dem Rundfunkkommentar und es wurde darauf hingewiesen, dass der Justizminister dieses Problem «als wirklich wichtig» bezeichnet habe.

«Manche Gerichte scheinen sich der besonderen gesellschaftlichen Gefahren, die diesen Vergehen innewohnen, nicht bewusst zu sein und sie einfach zu vernachlässigen», wurde den Gerichten vorgeworfen.

BRIEFE

Erfindung abgeschaut

Mit Interesse habe ich im «Klaren Blick» vom 25. Juli 1962 unter «Schnappschuss» die Mitteilung gelesen, wonach in der UdSSR ein neues Verfahren zur Stromerzeugung aus Gas in einem hydrodynamischen Magneten entwickelt wird. Die Meldung vermittelt den Eindruck, beim neuen Verfahren handle es sich um eine russische Idee.

Es ist Ihnen wohl nicht bekannt, dass dieses Verfahren in zwei Varianten schon 1926 und 1935 im Westen patentiert worden ist, dass Westinghouse in den USA während des letzten Krieges eine längere Versuchsreihe durchgeführt hat, und dass es seit 1959 in den USA unter dem Namen «Magnetohydrodynamic (MHD)-Generator» in grösserem Massstab erprobt wird. Die «Schweizerische Bauzeitung» hat darüber in ihren Nummern vom 1., 8. und 22. Juni 1961 interessante Einzelheiten publiziert.

Dass die UdSSR nun auch hinter dieses Problem geht, nachdem, wie schon oft, westliche Länder die Grundlagenforschung berappt haben, beweist einerseits, dass ein praktischer Erfolg dieses Verfahrens möglich erscheint (obschon noch viel zu tun bleibt), anderseits, dass die sowjetische Werkspionage jetzt wohl genügend Material beisammen hat, um direkt an das bisher Erreichte anzuschliessen.

Ing. R. H.-F. in Kilchberg ZH

In Kürze

Die missliche Lage auf dem ungarischen Wohnmarkt (siehe KB Nr. 31) beleuchtete kürzlich eine weitere Veröffentlichung der Landespresse.

Die Lehrergewerkschaft gab bekannt, eine kürzlich durchgeführte Untersuchung der Wohnungsverhältnisse von fast 60 000 ungarischen Lehrern habe alarmierende Zustände aufgezeigt. Wie «Nepszava», das Blatt der Gewerkschaften, schrieb, habe es sich herausgestellt, dass 18 000 Lehrer in extrem schlechten Verhältnissen wohnten. 5500 von ihnen lebten mit zwei oder drei anderen Lehrern in einem Zimmer zusammen; 600 lebten mit einer mehr als fünfköpfigen Familie zusammen in einem Raum; 5000 hätten ein Untermietzimmer und 2000 wohnten in Lagerräumen der Schulen oder in Notunterkünften.

Viele Lehrer hätten ausserdem noch einen weiten Anmarschweg zurückzulegen, manche täglich bis zu 100 km.

Schiller erstmals in georgischer Sprache! «Der Staatsverlag der Georgischen SSR ‚Sowjetisches Georgien' veröffentlichte erstmals in georgischer Sprache die Werke des grossen deutschen Dichters Friedrich Schiller in drei Bänden», meldete am 10. Juli die «Prawda».

Sport

Jugoslawien

Transfer-Stop

Spielerkäufe, spekulative Klubwechsel, irreguläre Fonds, Bestechung von Spielern, all dies soll im jugoslawischen Fussball ein Ende nehmen. Eine Sondersitzung des nationalen Fussballverbandes befasste sich mit den grassierenden Missständen und hat das Projekt einer Neuregelung des gesamten Spielbetriebes ausgearbeitet, um wieder sauberen Sport zu gewährleisten.

Das jugoslawische Fussballwesen unterscheidet sich nicht stark von dem, was sonst in den Volksdemokratien immer als typisch kapitalistische Dekadenz des Sportes angeprangert wird.

Ganz wie im Westen gibt es ein ausgesprochenes Transferwesen mit hohen Ablösungssummen zwischen den Klubs und spekulativen Handgeldern für die Spieler. So wechselte der vom Belgrader Klub «Partisan» ausgebildete Spieler Markovic innerhalb der letzten sieben Jahre nicht weniger als 30mal den Klub. Bei jedem Uebertritt wurde ihm eine grössere Anwerbungssumme angeboten. Eine Rekordsumme von 1 600 000 Dinar (zehn Jahresgehälter eines Arbeiters) erhielt der Trainer Cabric bei seinem Uebertritt in den FC Sarajevo. Die Gelder, welche die Klubs als Kompensation für die Freigabe von Spitzenspielern bekamen, sind noch grösser. Von Zeit zu Zeit hört man auch von Skandalen über versuchte Bestechung von Spielern vor einem wichtigen Meisterschaftsspiel.

Das soll von bald an anders werden. Die vorgeschlagene Reorganisation will bei Transferfällen jegliches Geldgeschäft verbieten; weder Klub noch Spieler würden zur Annahme von Ablösungssummen berechtigt sein. Dafür haben die Spieler (ausser in Sonderfällen) mit den Vereinen Vierjahresverträge abzuschliessen, die nur mit besonderer Genehmigung eines Kontrollorgans aufgelöst werden dürfen. Prämien und Gehälter werden auf die beiden obersten Ligen beschränkt.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 8. August 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Wir wissen nicht, was für eine Bilanz die kommunistischen Organisatoren aus den «Weltjugendfestspielen» in Helsinki ziehen werden. Es ist möglich, dass sie für das Geld ihrer Bevölkerung einen positiven propagandistischen Ertrag ausrechnen, aber es ist kaum anzunehmen, dass sie das Plansoll als erfüllt betrachten können. Ganze Delegationen reisten vorzeitig ab mit der Erklärung, für den Kalten Krieg ausgenutzt worden zu sein. Nigerier protestierten vernehmlich und unbeirrbar gegen das gebrochene Versprechen völliger Diskussionsfreiheit. Etliche Mitglieder der Delegation aus der Sowjetzone benützten die Gelegenheit zum Absprung. Junge Schweizer, die Broschüren über unser Land an die Vertreter aus den Entwicklungsländern verteilten, wurden von den kommunistischen Stosstrupps überfallen, beraubt und angepöbelt, eine für die politisch unentschlossenen Teilnehmer doch vielleicht aufschlussreiche Demonstration praktischer kommunistischer Friedensliebe. Und vielleicht ist das Interesse an diesem Aufklärungsmaterial auf diese Weise erst recht erwacht.

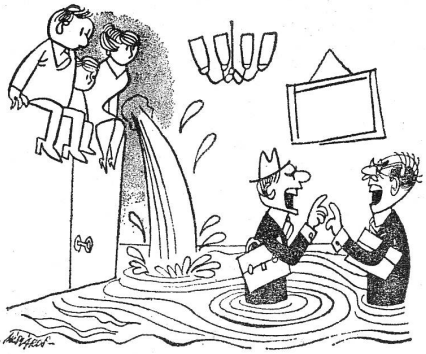
Man kann vielleicht nicht von einer kommunistischen Niederlage in Helsinki reden. Wenn es den Kremlpropagandisten gelungen ist, einige Dutzend vom farbenprächtigen Schauspiel begeisterte junge Leute aus Asien und Afrika zu Studien in Moskau anzuwerben, so haben sie einen Erfolg zu verzeichnen. Wenn junge Heimkehrer von der Grosszügigkeit des «Friedenslagers» schwärmen, so ist das ein Resultat. Wenn die gross tönenden Friedensparolen im imposanten Rahmen eines mit Jugend angefüllten Stadions den Eindruck mächtigen Echos auf der Welt vermittelte (war es denn seinerzeit anders, als die Grosskundgebungen Hitlers die Stadien füllten?), so war das für die Drahtzieher ein gewonnener Punkt.

Von einem kommunistischen Misserfolg reden lässt sich also nicht ohne weiteres. Aber die Feststellung lässt sich treffen, dass der kommunistische Erfolg grösser hätte sein können. Dann, wenn die Delegierten, die ostentativ abreisten, auf ihre Hinreise schon zum voraus verzichtet hätten. Dann, wenn die Afrikaner, die sich für freie Meinungsäusserung einsetzten, zum voraus jegliche Diskussion in Helsinki abgelehnt hätten und zu Hause geblieben wären. Dann, wenn keine Schweizer dort gewesen wären, Kontakt mit Altersgenossen aus den Entwicklungsgebieten aufzunehmen. Gesamthaft betrachtet wäre das Festival dann als einmütige Demonstration für den Frieden in dem Sinn gewesen, wie schon das Dritte Reich den Begriff verstanden hatte: Weltherrschaft seines totalitären Systems.

Ist das eine Aufforderung zur Teilnahme an kommunistischen Propagandaveranstaltungen? Nein. Es ist vielmehr eine Aufforderung, der Propaganda an den kommunistischen Veranstaltungen entgegenzuwirken. Selbstverständlich braucht es dazu Voraussetzungen. Wer die Augen schliesst und seinen Kopf ruhend zurücklegt, wird voraussichtlich eingeseift. Aber Leute, die sich nicht einseifen lassen, haben in Helsinki anscheinend dafür gesorgt, dass sich auch andere vielleicht weniger leicht einseifen liessen. In welchem Ausmass diese Bemühungen politisch rentabel waren, kann man nicht wissen. Aber sie brachten bestimmt mehr ein als keine Bemühungen. Das sportliche Motto «Mitmachen ist wichtiger als siegen» gilt in der politischen Auseinandersetzung nicht. Wohl aber, wenn man dazu fit ist: «Mitmachen um zu siegen.»

Mitteilung der Redaktion

Mit Rücksicht auf die Ferienzeit erscheint der «klare Blick» in den nächsten drei Ausgaben vierseitig. Betroffen werden die Nummern 32, 33 und 34.



Die beiden Arbeiter (von zwei verschiedenen Handwerksgenossenschaften) angesichts des Schadens:

— Tut mir leid, man muss hier die zentrale Leitung abstellen, und da ist mein Kollektiv nicht zuständig.

— Tut mir auch leid, aber man muss hier die schadhafte Stelle reparieren, und damit hat meine Organisation nichts zu tun. *(«Ludas Matyi», Budapest)*

Das kollektivierte Handwerk

nimmt hier die ungarische satirische Wochenschrift mit diesem kleinen Bild aufs Korn. Der Handwerkermangel einerseits und das Versagen der «sozialistischen» Dienstleistungsstellen anderseits sind für den ganzen Ostblock charakteristisch. Der Ausweg aus dem Dilemma besteht oft genug darin, dass man einen genossenschaftlich organisierten Facharbeiter oder Handwerker unter der Hand speziell bezahlt und privat engagiert, obwohl das als Spekulantentum verfolgt wird. Es gibt immer wieder Perioden, in denen sich das Regime dieser Praxis gegenüber relativ tolerant verhält (weil die Dienste der privatwirtschaftlich arbeitenden Handwerker für die Bevölkerung fast unentbehrlich sind), aber auch immer wieder Perioden, in denen die Schraube fester angezogen wird. Dann riskiert ein Handwerker mit Nebeneinkommen strafrechtliche Verfolgung oder auch Verschickung zu «Erziehungszwekken» in ein Arbeitslager. Das kann durch die Kameradschaftsgerichte als Disziplinarmassnahme verfügt werden.

Wie mit dem Agrarwesen, so hat es die Planwirtschaft auch mit dem Handwerk schwer, weil sich Reparaturen und Dienstleistungen nicht so leicht in ein kontrollierbares Soll von Produktion und Stückzahl fassen lassen. Das Désintéressement an guter Arbeitsqualität ist im sogenannten «sozialistischen Sektor» (staatlich oder genossenschaftlich) des Handwerks offensichtlich, wogegen bei privater Rechnungsstellung der materielle Anreiz vorhanden ist.

Die auch nominell selbständigen Handwerker aber sind nicht nur allerhand Schikanen und einer nie erlahmenden Propaganda zur Kollektivierung ausgesetzt, sondern vor allem auch einer übermässigen Besteuerung. So entschliesst sich mancher Meister zum Beitritt in ein Kollektiv, das weniger Verdienst verspricht, aber dafür Sozialleistungen und eine unangefochtene gesellschaftliche Stellung bietet. — Nebst allfälligen Nebenverdienstmöglichkeiten, wenn man das Risiko auf sich nimmt.

Der Schnappschuss

Die seit Bestehen der SED verkündete Parole «Von der Sowjetunion lernen, heisst siegen lernen!» hat an Aktualität und Bedeutung verloren. Der Rektor der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig, Prof. Dr. Günther Erbach (SED), hat sie durch eine neue Losung ersetzt. Bei einer Aussprache an der Hochschule über den vom 16. Plenum des Zentralkomitees der SED verabschiedeten «Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung» hat Prof. Erbach alle «Genossen Wissenschaftler und Studenten» aufgefordert, «zu lernen und zu kämpfen wie Walter Ulbricht». Die «Losung» müsse heissen: «Von Walter Ulbricht lernen, heisst siegen lernen!»

Im August 1944 fand in Warschau der Aufstand der Bevölkerung gegen die deutsche Okkupation statt. Die Rote Armee stand nicht weit von der polnischen Hauptstadt Gewehr bei Fuss und wartete ab, bis die Revolte im September ausgeblutet war, bis die SS-Kommandos die Stadt in ein Trümmerfeld verwandelt hatten. Die letzten halbverhungerten Freiheitskämpfer in ihren Löchern durch Flammenwerfer umgekommen waren. Die Sowjets taten in dieser Zeit nicht nur nichts für die Warschauer, sie sabotierten auf ausdrückliches Geheiss Stalins sogar die Hilfe der britischen und amerikanischen Luftwaffe. Warum? Der Aufstand war nicht von der kommunistischen «Volksarmee», sondern von der bürgerlichen «Landarmee» organisiert worden (wenn auch dann alle Widerstandskämpfer teilnahmen). Stalin verweigerte demzufolge jede Zusammenarbeit mit der Führung, insbesondere der polnischen Exilregierung in London. Der Sachverhalt ist einwandfrei belegbar.

Wie sieht es nun in der kommunistischen Geschichtsschreibung aus? «Nowa kultura», Warschau, gibt ein Beispiel dafür: Der Aufstand sei auf verantwortungslose Art von der bürgerlichen Front vorbereitet worden, die von sowjetischer Militärhilfe nichts habe wissen wollen. Erst nach sechs Wochen hätten die Vertreter der «Volksarmee» die Entsendung von Kurieren an die Rote Armee erwirken können. Nur sei es dann zu spät gewesen.

Frage: Und so war es den Sowjets verboten, der Bevölkerung zu Hilfe zu kommen?